

**AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.**

10. Juli 2020  
**13.2020**

Die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie sind ein Skandal, nicht erst seit der Corona-Krise. Bertolt Brecht hat die Zustände schon 1930 in »Die Heilige Johanna der Schlachthöfe« beschrieben. An der Ausbeutung der Beschäftigten hat sich wenig geändert. Die Unternehmer prellen sie um den gesetzlichen Mindestlohn, um medizinische Versorgung bei Arbeitsunfällen, um die gesetzliche Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und den Schutz Schwangerer. Vom knappen Lohn werden den Beschäftigten überhöhte Preise für vom Unternehmen gestellte überfüllte Unterkünfte abgezogen. Sie müssen sich teilweise nicht nur das Zimmer, sondern auch das Bett mit anderen teilen. Geschlafen wird dann in Schichten. Manchen wird zusätzlich »Miete« für Arbeitskleidung und für die notwendigen Arbeitsmesser vom Lohn abgezogen. Durch überlange Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden wird auf dem Papier der Mindestlohn eingehalten und die Lohnabrechnungen sind gesetzeskonform. Doch da nicht alle Stunden aufgeschrieben und bezahlt werden, liegt der tatsächliche Stundenlohn deutlich niedriger.

### Reich werden die Unternehmer

Für die Fleischbarone, die diese Ausbeutung organisieren, ist das Geschäft heute wie damals lukrativ. Clemens und Robert Tönnies, die beiden Eigentümer des größten deutschen Fleischkonzerns Tönnies, gehören zu den 110 reichsten Menschen in Deutschland. Beide besitzen jeweils ein Vermögen von gut 2 Milliarden Euro. Clemens Tönnies gehört noch eine weitere große Fleischfirma, die Zur-Mühlen-Gruppe. Lange Jahre war er zudem Aufsichtsratsvorsitzender des Fußballclubs Schalke 04 – bis er im Juli aufgrund des öffentlichen Drucks zurücktreten musste.

Die Ausbeutung der Beschäftigten wird für Tönnies von Subunternehmern organisiert. Sie erledigen im Auftrag des Schlachthofs das Schlachten, Zerlegen, Portionieren, Verpacken und Transportieren des Fleisches. Also alle Arbeiten, die in einem Schlachthof

Arbeit in der Fleischindustrie:

# Ausbeutung seit über hundert Jahren

anfallen. Sie haben dafür eigene Beschäftigte, die formal mit Tönnies nichts zu tun haben. Diese rekrutieren sie vorzugsweise in osteuropäischen Ländern, wo die Mindestlöhne deutlich niedriger sind als in Deutschland. Deswegen hoffen sie auf weniger Protest von den Beschäftigten über Arbeitsbedingungen und geringe Bezahlung. Viele der Beschäftigten sprechen nur wenig Deutsch und kennen ihre Rechte hier nicht. Es ist für sie auch schwerer, diese durchzusetzen. Für die Subunternehmer ist das praktisch. Und Clemens Tönnies kann öffentlich behaupten, er habe damit nichts zu tun.

Durch die Corona-Fälle in den Schlachthöfen sind die Arbeitsbedingungen nun Thema geworden. Die üblen Zustände in der Fleischindustrie sind jedoch seit Jahren bekannt – geändert wurde wenig. 2014 wurde die Fleischindustrie ins Entsendegesetz aufgenommen, damit die Firmen den tariflichen Mindestlohn auch den osteuropäischen Beschäftigten zahlen mussten. 2017 wurde eine Nachunternehmerhaftung eingeführt, so dass die Fleischkonzerne für die korrekte Abführung der Sozialversicherungsbeiträge bei ihren Subunternehmern verantwortlich sind. Es wird aber kaum kontrolliert, die Kontrollen wurden in den letzten 10 Jahren sogar reduziert. So bleibt es den Unternehmern überlassen, sich an die Gesetze zu halten, die ihre kriminellen Praktiken beschränken sollen. Die Regierung will nun die Vergabe an Subunternehmen im Kernbereich der Fleischindustrie verbieten. Zudem soll die Arbeitszeit digital erfasst werden und Kontrollen von Zoll und Arbeitsschutzbehörden sollen häufiger stattfinden. Es ist gut, wenn das tatsächlich umgesetzt wird. Einfach höhere Preise für Verbraucher vorzuschreiben, wird nichts an der Situation der Beschäftigten ändern. Denn Tönnies & Co betreiben ihre Schlachthöfe auf diese Weise, weil sie damit reich werden.

### Die LINKE fordert:

■ Regelmäßige, effektive Kontrollen von Arbeitsschutz und Einhaltung des

Mindestlohns und höhere Bußgelder. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll und die Arbeitsschutzbehörden der Länder brauchen dafür deutlich mehr Personal.

■ Für die Unterkünfte müssen klare Regeln gelten: Sie müssen gesundheitsverträglich und menschenwürdig sein. Die Kosten, die den Beschäftigten dafür abgezogen werden dürfen, müssen orientiert an ortsüblichen Vergleichsmieten gedeckelt werden.

■ Auslagerung an Subunternehmer muss auch außerhalb der Fleischindustrie gesetzlich eng begrenzt werden. Mit solchen Werkverträgen werden stets Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung unterlaufen. Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.  
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

**DIE LINKE** Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
**Mehr Informationen unter:**  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**

